

# Stenographischer Bericht

## 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

III. Periode — 15. April 1953.

### Inhalt:

#### Personalien:

Angelobung des Ersten Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. h. c. Machold und Abg. Dr. Pittermann (7).

#### Eingelangt:

Anzeigen der Landesräte Horvatek und Fritz Matzner, des Abg. Dr. Speck und des Landtagspräsidenten Wallner über die gemäß § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes anzeigepflichtigen Stellen (7).

Auslieferungsbegehren des Bezirksgerichtes Feldbach, betreffend den LAbg. Friedrich Hofmann (7).

#### Anträge:

Antrag der Abg. Berger, Ebner, Weidinger, Koller und Ertl, betreffend Übernahme des Güterweges in der Gemeinde Strallegg als Landesstraße;

Antrag der Abg. Wallner, Hegenbarth, Ertl und Ebner sowie der übrigen agrarischen Abgeordneten der ÖVP, betreffend Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Landarbeitern durch Eindämmen der Landflucht und sofortige Maßnahmen zur Behebung des Preisdruckes und der Absatzschwierigkeiten am Viehsektor;

Antrag der Abg. Wallner, Hirsch, Hegenbarth, Wegart, DDDr. Illig, Schlacher, Dipl. Ing. Udier, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (8).

#### Zuweisungen:

Die Anzeigen nach § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes und das Auslieferungsbegehren dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß (8).

#### Wahlen:

1. Wahl des Landeshauptmannes.  
Wahlvorschlag des Abg. BM. DDDr. Illig (8).  
Erklärung des Ersten Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. h. c. Machold (8).  
Erklärung des Abg. Dr. Stephan (11).  
Erklärung des Abg. Pözl (11).  
Wiederwahl des Abg. Josef Krainer zum Landeshauptmann (13).  
Erklärung des Landeshauptm. Josef Krainer (13).
2. Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreters (19).  
Wahlvorschlag des Landesrates Horvatek (19).  
Wiederwahl des Ersten Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. h. c. Reinhard Machold (19).  
Wahlvorschlag des Landesrates DDDr. Illig (19).  
Wiederwahl des Zweiten Landeshauptmann-Stellvertreters Dipl. Ing. Tobias Udier (19).
3. Wahl der übrigen Regierungsmitglieder.  
Verlesung der Wahlvorschläge durch den Präsidenten (20).  
Wahl der Abg. DDDr. Udo Illig (ÖVP), Ferdinand Pirrsch (ÖVP), Norbert Horvatek (SPÖ), Fritz Matzner (SPÖ), Maria Matzner (SPÖ) und Dr. Anton Stephan (WdU) zu Landesräten (20).
4. Wahl der vom Bundesland Steiermark in den Bundesrat zu entsendenden Mitglieder (20).
5. Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark in Graz (21).

Beginn der Sitzung: 15 Uhr 5 Minuten.

Präsident Wallner: Hoher Landtag! Ich eröffne die 2. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Zunächst werden der Erste Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Reinhard Machold, den ich im Namen des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages zu seiner Genesung nach schwerer Krankheit aufrichtig beglückwünsche, und dann der in den Landtag neu eingetretene Landtagsabgeordnete Dr. Josef Pittermann die Pflichtangelobung leisten. Dr. Machold konnte an der 1. Landtagssitzung dieser Gesetzgebungsperiode, in der alle übrigen Landtagsabgeordneten die Angelobung geleistet haben, wegen Krankheit nicht teilnehmen. Dr. Pittermann ist in den Landtag an Stelle des Landtagsabgeordneten Ing. Franz Kortschak, der auf sein Mandat verzichtet hat, eingetreten.

Ich ersuche den Schriftführer Abg. Wegart die Angelobungsformel zu verlesen und bitte die Herren nach Namensaufruf durch die Worte „Ich gelobe“ die Angelobung zu leisten. (Abg. Wegart verliest die Angelobungsformel.)

1. Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold: Ich gelobe. Abg. Doktor Pittermann: Ich gelobe.

Die Tagesordnung der heutigen Sitzung wird folgende Gegenstände enthalten:

1. Wahl des Landeshauptmannes.
2. Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung.
3. Wahl der Bundesräte.
4. Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark in Graz.

Ich nehme die Zustimmung zu dieser Tagesordnung an, wenn kein Einwand erhoben wird. Ein Einwand wird nicht erhoben.

#### Eingelangt sind:

die Anzeigen des Abg. Dr. Eduard Speck, der Landesräte Fritz Matzner und Norbert Horvatek sowie meiner Person über die gemäß § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes anzeigepflichtigen Stellen und

ein Begehren des Bezirksgerichtes in Feldbach, betreffend Auslieferung des Landtagsabgeordneten Friedrich Hofmann zur Strafverfolgung auf Grund einer Privatanklage wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre nach den §§ 491 und 497 StG.

Ich werde die Zuweisung dieser Geschäftsstücke vornehmen, wenn kein Einwand erhoben wird. Ein Einwand wird nicht erhoben.

Die Anzeigen nach § 22 Abs. 3 des Landesverfassungsgesetzes sind nach § 7 Abs. 6 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages

einem vom Landtag zu bestimmenden Ausschuß zuzuweisen. In der abgelaufenen Landtagsperiode wurden diese Anzeigen dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zugewiesen. Ich beantrage, diesen Vorgang in der laufenden Gesetzgebungsperiode beizubehalten.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit der Zuweisung dieser Anzeigen an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Das vorerwähnte Auslieferungsbegehren weise ich gleichfalls dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zu. Ich nehme die Zustimmung zu dieser Zuweisung an, wenn kein Einwand vorgebracht wird (Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben.

Eingebracht wurden folgende Anträge:

Antrag der Abg. Berger, Ebner, Weidinger, Koller und Ertl, betreffend Übernahme des Güterweges in der Gemeinde Strallegg als Landesstraße;

Antrag der Abg. Wallner, Hegenbarth, Ertl und Ebner sowie der übrigen agrarischen Abgeordneten der ÖVP, betreffend Maßnahmen zur Behebung des Mangels an Landarbeitern durch Eindämmen der Landflucht und sofortige Maßnahmen zur Behebung des Preisdruckes und der Absatzschwierigkeiten am Viehsektor;

Antrag der Abg. Josef Stöffler, Peter Hirsch, Josef Hegenbarth, Franz Wegart, Dr. Illig, Richard Schlacher, Dipl. Ing. Tobias Udier, betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Diese Anträge werden der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt.

Wir gehen zur Tagesordnung über.

1. Wahl des Landeshauptmannes.

Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei, einen Vorschlag für die Wahl zu erstatten.

Landesrat **Dr. Illig**: Hohes Haus! Namens der Landtagsfraktion der ÖVP beantrage ich, den bisherigen Landeshauptmann Josef Krainer wiederum zum Landeshauptmann zu wählen.

**Präsident**: Weiter zum Wort gemeldet hat sich Herr 1. Landeshauptmannstellvertreter Doktor Machold. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellv. **Dr. h. c. Machold**: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit den Wahlen in den Steiermärkischen Landtag am 22. Februar und der heutigen Landtagssitzung, in der die Neuwahl des Landeshauptmannes, seiner Stellvertreter und der übrigen Mitglieder der Landesregierung erfolgt, liegt eine verhältnismäßig lange Frist. Die Verzögerung in der Bildung der Steiermärkischen Landesregierung, die auch schon zu allerhand Gerüchten und mancherlei, vielfach unrichtigen Kombinationen in einem Teil der Presse geführt hat, wurde aber nicht in erster Linie durch

landeseigene Vorgänge herbeigeführt. Sie, meine Damen und Herren des Hohen Hauses, wissen, daß es vor allem grundsätzliche Fragen und Probleme der Bundespolitik waren, deren sich hinauszögernde, dann aber doch erfolgte Abklärung es erst ermöglichte, auch im Lande Steiermark die notwendige Klärung herbeizuführen und den Landtag und den Gemeinderat der Landeshauptstadt zur Neuwahl der Landesregierung bzw. des Stadtrates Graz einzuberufen.

Wenn es auch — was übrigens erfahrene Politiker aus allen Lagern vorausgesehen und vorausgesagt haben — bei den stattgehabten allgemeinen Wahlen am 22. Februar weder im Bunde noch bei uns im Lande Steiermark zu einem politischen Erdbeben gekommen ist, so haben sich immerhin durch die Wahlergebnisse Verschiebungen ergeben, deren Abklärung auf der Bundesebene abgewartet werden mußte, ehe die in Steiermark geführten Besprechungen und Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis führen konnten. Auch durch die Wechselwirkungen, die sich aus dem Umstande ergaben, daß bei uns nicht nur Landeshauptmann und Landesregierung von Steiermark, sondern auch Bürgermeister und Stadtrat von Graz neu zu wählen sind, ergaben sich gewisse Erschwerisse bei den Parteienverhandlungen. Gerade die Entwicklung der letzten Monate hat uns gezeigt, daß es selbst bei grundsätzlicher Einigung in schwierigen innerpolitischen Fragen im Bereiche des Bundes oder des einen oder anderen Bundeslandes noch immer wesentliche eigene Fragen politischer oder wirtschaftlicher Natur gibt, die durch die besonderen landeseigenen Verhältnisse bestimmt sind. Es sind eben nicht alle innerpolitischen Probleme im Bunde und in den einzelnen Bundesländern die gleichen.

Ein ganz besonders zu beachtender Unterschied zwischen Regierungsbildung im Bunde und in den Ländern ist schon darin gelegen, daß die vom Bundespräsidenten zu bestimmende und zu vereidigende Bundesregierung einer Parlamentsmehrheit bedarf, um im Amte verbleiben zu können, während die Mitglieder unserer Landesregierung verfassungsmäßig auf Grund des Proporztes bestellt werden, so daß also alle Landtagsparteien entsprechend ihrer Stärke auch in der Landesregierung und in der Landesverwaltung mitzuwirken haben. Diese Besonderheit der Länder hat bei den die gesamtstaatlichen Fragen betreffenden Verhandlungen über die Regierungsbildung eine nicht unwesentliche Rolle gespielt.

Die Österreichische Volkspartei hat bei Behandlung dieser Frage darauf bestanden, daß die Zusammenarbeit in den Landesregierungen und Gemeinden nicht von den zentralen Parteileitungen bestimmt werde, sondern den lokalen Organisationen überlassen bleibe.

Wenn wir Sozialisten auch, wie allgemein bekannt ist, auf eine möglichst weitgehende Abstimmung und Übereinstimmung der Landespolitik mit der gesamtstaatlichen Politik aller-

größten Wert legen — und zwar nicht etwa deshalb, weil wir die besonderen landesbedingten Fragen nicht ebenso im Auge haben wie andere Parteien, sondern weil wir angesichts der gegenwärtigen schwierigen außenpolitischen Lage unseres Staates das Bild weitestgehender innerer Geschlossenheit als höchst notwendig betrachten —, so wollen wir uns doch nicht der Tatsache verschließen, daß es in gewissen Fällen keinen Nachteil für das Gesamt-Staatswesen bedeutet, wenn mitunter in den Ländern selbständige, von der Bundespolitik unabhängige Wege einer innerpolitischen Gestaltung und Regelung gesucht werden.

Solche Bedingtheiten werden von den Wählern nicht immer verstanden. Nicht immer ist sich die breiteste Öffentlichkeit der außerordentlich heiklen politischen und wirtschaftlichen Lage unserer Bundesrepublik und unserer Bundesländer bewußt. Es kann ihr auch gar nicht zugemutet werden, sich zu jeder Zeit darüber klar zu sein, wie sehr die allermeisten innerpolitischen und innerwirtschaftlichen Vorgänge von außen her ihre strukturellen Veränderungen und ihre Richtwege erhalten.

In dieser Auffassung, Hohes Haus, glauben wir Sozialisten einer Meinung und eines Sinnes mit den anderen staatsbejahenden politischen Parteien unserer zweiten Republik zu sein. Diese Überzeugung führt zwingend zum vorbehaltlosen Bekenntnis zu unserem Staate, zu seiner Einheit und zur absoluten Unabhängigkeit und dieses Bekenntnis will ich namens der sozialistischen Fraktion dieses Hauses zu Beginn der dritten Legislaturperiode des Steiermärkischen Landtages hier ehrlich und offen ablegen. Ich will es an die Spitze unserer Arbeit in dieser Volksvertretung stellen und versichern, daß wir niemals und unter keinen Umständen das Notwendigste und Vordringlichste des Gemeinsamen, nämlich den Kampf um die Beseitigung des durch nichts mehr berechtigten Druckes fremder Besatzungsmächte und den Kampf um die tatsächliche Unabhängigkeit unserer Republik und unserer engeren Heimat nach 8 Jahren versprochener und nicht durchgeführter Befreiung außeracht lassen wollen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ.)

Wo aus den verschiedenen sozialen und wirtschaftlichen Interessen sich entwickelnde und durch verschiedene Weltanschauungen zwangsläufig hervorgerufene Gegensätze auftreten, dort werden wir selbstverständlich im Interesse unserer Wähler und unserer staatsbürgerlichen Auftraggeber auf dem Boden der Demokratie einen sachlichen Kampf zu führen wissen. Gewisse Kreise wollen in solchen selbstverständlichen und notwendigen Kämpfen der Meinungen und Interessen innerhalb einer parlamentarischen Körperschaft eine besondere Unzulänglichkeit und Schwäche der Demokratie gegenüber anderen politischen Systemen erblicken. Diese für unsere Demokratie nicht ungefährliche politische Brunnenvergiftung kann und muß uns nur darin bestärken, unsere Aus-

einandersetzungen so sachlich als möglich und in einer den breiten Massen verständlichen und sie für die Demokratie gewinnenden Art und Weise zu führen.

In dieser Beziehung möchte ich auch der Institution des Steiermärkischen Landtages die Aufgabe zumessen, durch seine Tätigkeit und die sachliche Führung der Verhandlungen für eine staatsbürgerliche Erziehung unseres Volkes nach den Grundsätzen einer wahren und echten Demokratie mit gutem Beispiel voranzugehen und sein Teil dazu beizutragen.

Wenn ich, meine Damen und Herren, mich namens der sozialistischen Fraktion dieses Hauses zu diesen Auffassungen bekenne, so ist es wohl verständlich, daß ich über die jüngste Vergangenheit, daß ich über die Ursachen, die zur vorzeitigen Auflösung von Parlament und Landtag geführt haben, und daß ich über verschiedene unliebsame Vorgänge und Vorfälle während des Wahlkampfes — als vorübergegangen und abgeschlossen und für unsere Zukunft nicht wesentlich — hinweggehe. Ich will auch darüber, daß wir Sozialisten im Lande Steiermark zur ziffernmäßig stärksten Partei geworden sind und daß wir zwei Landtagsmandate gewonnen haben, keine Siegesfanfaren anstimmen. Unsere ganze Aufmerksamkeit muß nunmehr den vielfachen und vielseitigen Aufgaben zugewendet werden, die vor uns stehen. Diese Aufgaben werden nicht geringer, sondern immer größer. Sie werden nicht leichter, sondern immer schwieriger, weil uns in immer größerem Ausmaß die Verpflichtung erwächst, sie bei wesentlich geringerer auswärtiger Hilfe durch unsere eigenen Kräfte zu bewältigen.

Obwohl es nicht zum eigentlichen Aufgabenkreis des Landtages gehört, erwachsen uns Jahr für Jahr in steigendem Maße große Sorgen durch die allgemeine Wohnungsnot. Eine allseits befriedigende Lösung dieser Frage erscheint bei den gegenwärtigen Verhältnissen allerdings kaum möglich. Zu einer Eindämmung der Wohnungsnot kann aber und soll aber der Landtag auf alle Fälle sein Allermöglichstes tun. Es war ein Gebot der Voraussicht und Klugheit, daß der abgetretene Steiermärkische Landtag den Landesvoranschlag für das Jahr 1953 ordnungsgemäß erledigte und daß er sich nicht mit einem auf unsicheren Füßen stehenden Budgetprovisorium begnügt hat.

30 Millionen Schilling sind im Landesbudget für die Förderung des Wohnungsbaues eingestellt, gewiß ein recht ansehnlicher Betrag, aber im Verhältnis zu den Notwendigkeiten doch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Mit dem Heranwachsen einer neuen jungen Generation wird die Aufgabe um Beschaffung von Wohnungen immer vordringlicher. Man kann und muß dieses Problem nicht nur als ein soziales bezeichnen. Es entwickelt sich immer mehr und mehr auch zu einem politischen, denn in der Unmöglichkeit der Beschaffung von entsprechenden Wohnungen ist eine tiefe Verbitterung von Zehntausenden Betroffenen mit den

gegenwärtigen Verhältnissen und eine verzweifelnde Kritik über diese Zustände gelegen und begründet. Es besteht, ebenso wie in der Arbeitslosigkeit, in der schweren Gefahr eines Unruheherdes, die nicht gering eingeschätzt werden darf. Daß die Wohnungsfrage mit der Arbeitslosigkeit und mit der Beschaffung von Arbeit eng zusammenhängt, ist eine bekannte Tatsache, die ich nicht erst näher zu erörtern brauche. Arbeit, Brot und eine entsprechende Wohnstätte, darauf hat jeder Mensch im Staate Anspruch und deshalb muß der Landtag auf diesem Gebiet im vollstem Maße tun, was man gerechterweise von ihm erwarten kann.

Der Ausbau des Ennskraftwerkes bei Hieflau liegt gewiß auch auf dieser Linie. Die Sozialistische Partei stellt sich positiv zur Durchführung dieses Projektes. Bedingung ist allerdings, daß eine entsprechende Finanzierung dem noch bevorstehenden ernstesten Beginnen dieses großen Bauvorhabens vorausgeht, denn das Land allein könnte die notwendigen Hunderte von Millionen Schilling aus eigenem keineswegs aufbringen. Alle anderen dem Lande zukommenden und von ihm zu vollführenden Aufgaben müßten ja ansonsten zum schweren Nachteil der Allgemeinheit zurückstehen.

Wenn es uns, Hohes Haus, gelingt, über die Kardinalfragen unserer Gegenwart und aller-nächster Zukunft: Beschaffung von Arbeit und Wohnung, in den vor uns liegenden vier Jahren der Legislaturperiode des neu gewählten Landtages mit Erfolg hinwegzukommen, dann können wir mit Ruhe und einiger Sicherheit in die weitere Zukunft blicken. Die Sozialistische Partei in Steiermark und deren in dieses Haus gewählte Mandatäre werden jedenfalls alles auf diesem Gebiete Gelegene unterstützen und unternehmen und sind bereit, nicht nur durch Anregungen, sondern auch durch Taten zur Erreichung dieses Zieles mit beizutragen. Angesichts der außenpolitischen Gefahrenlage unseres Staates im Kräftefeld des Kalten Krieges wäre es allerdings unverantwortlich, die fleißige, strebsame und arbeitswillige Bevölkerung unserer grünen Mark in falsche Hoffnungen zu wiegen. Sie soll aber durch die Tätigkeit der Volksvertreter in diesem Hause die Überzeugung erhalten, daß alles Menschenmögliche geschieht, um ihre Zukunft zu bessern und zu sichern.

Hohes Haus! Die Österreichische Volkspartei hat den bisherigen Landeshauptmann Josef Krainer zur Wiederwahl in Vorschlag gebracht. Wir haben das Recht der an Mandaten stärksten Landtagspartei, daß sie nach altem parlamentarischen Brauch die Führung in der Landesregierung zu übernehmen und den Landeshauptmann zu stellen hat, stets anerkannt. Wir sind bei diesem unseren Standpunkt geblieben, obwohl uns nicht unbekannt geblieben ist, daß Bestrebungen im Gange waren, für den Fall, als nicht die Österreichische Volkspartei, sondern unsere, die Sozialistische Partei, nicht nur an Wählerstimmen, sondern auch an Landtagsmandaten zur stärksten Fraktion geworden

wäre, ihr dann das parlamentarisch-demokratische Recht der stärksten Partei auf Nominierung des Landeshauptmannes strittig zu machen. Es ist uns auch bekannt, daß diesbezüglich über mögliche Kompensationen in der Landeshauptstadt Graz bezüglich Wahl des Bürgermeisters — gleichfalls in undemokratischer Weise und auf Kosten der Sozialistischen Partei — verhandelt worden ist. Eine solche Verzerrung und Außerachtlassung der demokratischen Spielregeln, sei es aus persönlichem Ehrgeiz oder aus parteipolitischen Beweggründen, hätte zu nicht übersehbaren Folgen führen müssen. Deshalb mag es mir gestattet sein, in aller Kürze den Standpunkt der Sozialistischen Partei hiezu darzulegen:

Eine bürgerliche Front, eine sogenannte antimarxistische Mehrheitsbildung durch Zusammenzählung von Abgeordnetenmandaten verschiedener Parteien nach Abschluß der Wahlen und ohne daß die Wähler von einem solchen Vorhaben vorher in Kenntnis gesetzt worden wären und ohne daß sie ihr Votum darüber abzugeben in der Lage gewesen wären, würden wir nie anerkennen.

Es trifft keineswegs zu, daß die Wähler der bürgerlichen Parteien unter allen Umständen gewillt sind, gegen die Sozialistische Partei zu votieren. Eine große Anzahl bürgerlicher Wähler aus den verschiedensten Parteilagern lehnen heute jede Frontbildung, als gegen den inneren Frieden unseres Staates gerichtet, entschieden ab. Ein Teil von ihnen würde bei einer solchen Befragung und Wahl, wenn also nicht mit irreführenden Methoden, sondern mit offenem Visier gekämpft wird, entweder leere Stimmzettel abgeben oder sozialistisch wählen. Dies hat die Stichwahl bei der Wahl des Bundespräsidenten ganz drastisch erwiesen. Obwohl damals ein Teil der Parteiführer der Wahlpartei der Unabhängigen die strikte Wahlparole ausgegeben hat, für den Kandidaten der Österreichischen Volkspartei zu stimmen und obwohl ein anderer Teil der bürgerlichen Parteiführer die Abgabe von leeren Stimmzetteln propagierte, haben sich die Wähler keineswegs an diese Wahlparolen gehalten. Sie wählten zum größeren Teil nicht den bürgerlichen Kandidaten Dr. Gleißner, sondern den Sozialisten Körner, trotzdem eine auf großen Touren laufende und gewiß nicht als einwandfrei zu qualifizierende Propaganda — aufgebaut auf die Angstpsychose der bürgerlichen Wähler vor der roten Gefahr und auf diese spekulierend —, den Präsidentschaftskandidaten Körner in Wort und Schrift und Bild als den General des roten Republikanischen Schutzbundes anzuschwärzen versuchte.

Hohes Haus! Getreu unserem Grundsatz, daß der stärksten Partei im Lande die Führung der Regierungsgeschäfte und die Stelle des Landeshauptmannes zukommt, werden wir für den Vorschlag der Österreichischen Volkspartei stimmen.

Wir erwarten vom neuen alten Chef der Steiermärkischen Landesregierung, ebenso wie wir

dies bei seiner letzten Wahl am 12. November 1949 hier im Hause zum Ausdruck gebracht haben, Gesetzestreue, Korrektheit in der Amtsführung, Objektivität und Zurückstellung einseitiger Parteiinteressen gegenüber dem Allgemeinwohl, worin nach unserer Meinung der Landeschef den übrigen Mitgliedern der Landesregierung, für welche übrigens diese Grundsätze auch zu gelten haben, mit gutem Beispiel voranzugehen hat. (Anhaltender Beifall bei (SPÖ.)

**Abg. Dr. Stephan:** Hohes Haus! Die Wahlpartei der Unabhängigen hat seit der Wahl von hohen und höchsten Persönlichkeiten des politischen Lebens eine Kritik erfahren, die ihr politisches Wollen und ihre staatspolitische Auffassung völlig verkannte. Aus dieser Verkennung ergaben sich ernste Schwierigkeiten bei der Bildung der Bundesregierung. Wir glauben, feststellen zu können, daß im Lande Steiermark von den beiden großen Parteien ein vorurteilloser Standpunkt uns gegenüber vertreten wird, obwohl die karge Referatszuteilung auch hier auf ein gewisses Mißtrauen schließen läßt. Wir hoffen, daß die ÖVP und insbesondere die SPÖ erkennt, daß wir willens sind, als staatsbejahende Kraft auf dem Boden der Freiheit stehend, am Aufbau unserer Heimat mitzuwirken. Es wäre unverantwortlich, uns durch haltlose Verdächtigungen und mangelndes Vertrauen in Opposition zu drängen und auf unsere Mitarbeit zu verzichten. Ich erkläre namens der Fraktion der Wahlpartei der Unabhängigen nochmals, daß wir nach wie vor zur positiven staatsbejahenden Mitarbeit bereit sind und dieser Aufgabe ohne jede Bindung nach rechts oder links gerecht werden wollen.

Zum gegenständlichen Tagesordnungspunkt „Wahl des Landeshauptmannes“ hat sich die Wahlpartei der Unabhängigen bei Beurteilung dieser Frage von dem Grundsatz leiten lassen, dem Vorschlag der im Landtage stärksten Partei zuzustimmen. Die Fraktion der Wahlpartei der Unabhängigen wird bei der Abstimmung entsprechend dem Vorschlag der ÖVP dem bisherigen Landeshauptmann Abg. Krainer ihre Stimme geben. (Beifall bei WdU.)

**Abg. Pölzl:** Hoher Landtag! Die beiden Regierungsparteien hatten es mit der Auflösung des Nationalrates und mit der Ausschreibung von Neuwahlen außerordentlich eilig. Es begann damals, als diese Auflösung durchgeführt wurde, ein Rätselraten darüber, ob die 400 Millionen Schilling, über die man sich bezüglich des Budgets für dieses Jahr in der Regierung, im Nationalrat nicht einigen konnte, Grund genug sein könnte, um vorzeitig zur Ausschreibung von Nationalratswahlen zu schreiten. Die Sozialistische Partei erklärte damals, sie könne dem Kamitzplane nicht zustimmen, sie könne es nicht verantworten, daß man nach einer jahrelangen Politik der Inflation, die die Lebenshaltungskosten hinaufgeschraubt und den Reallohn der Arbeiter und Angestellten außerordent-

lich gesenkt hat, nun dazu übergehe, eine Deflationspolitik durchzuführen, die als logische Folge den Zustand einer ungeheuerlichen Massenarbeitslosigkeit in Österreich wieder nach sich ziehen müßte. Die Sozialistische Partei tat damals so, als ob sie gegen den Regierungskurs der ÖVP in Opposition gehen würde und bei den Wahlen hat sie sich auch durchaus als Opposition gebärdet. Sie versprach Vollbeschäftigung, Wohnungsbau, Ausbau und Sicherung der sozialen Gesetzgebung. Aber heute hat der Sprecher der SPÖ, Herr Dr. Machold, den Wählern nach den Wahlen etwas anderes zu sagen gehabt. Der bedeutungsvollste Satz, den er gesprochen hat, war, daß er den sozialistischen Wählern gesagt hat: Macht euch keine falschen Hoffnungen, Ihr sozialistischen Wähler, es wird keine Vollbeschäftigung geben bei einer Regierung Raab-Schärf, die auf Grund des Kamitzplanes funktionieren wird, es wird keine Valorisierung eurer Löhne und Gehälter geben, es wird keinen entfalteten Wohnungsbau geben und — macht euch keine Hoffnung, ihr sozialistischen Wähler —, es wird auch keine Einstellung des kalten Krieges in Österreich geben und es wird bei der einseitigen Orientierung der österreichischen Außenhandelspolitik und Außenpolitik bleiben. Ich glaube, das war wohl das aufrichtigste Wort, das der Sprecher der SPÖ in dieser ersten wichtigen Landtagssitzung gefunden hat. Er hat vollkommen recht, wenn er sagt, die Wähler werden das nicht verstehen, was da vor den Wahlen groß geschrieben wurde und was nach den Wahlen groß geschrieben wird. Hieße es vor den Wahlen: „Es gilt, die österreichische Reaktion, den österreichischen Faschismus zurückzudrängen“, so heißt es nach den Wahlen: „Es gilt, die Zusammenarbeit auf der Basis des Kamitzplanes mit Bundeskanzler Raab fortzusetzen“.

Hohes Haus! Das Interessanteste an der neuen Zusammensetzung des Steiermärkischen Landtages ist: „Die Sozialistische Partei hat 2 Mandate gewonnen, weil sie in einem Großteil unserer Wähler die Illusion erzeugt hat, sie werde einen Schritt nach links gehen. Aber sie ist 2 Schritte nach rechts gegangen, von Fiel zu Raab und das sind gute 2 Schritte nach rechts.“

Die Sozialistische Partei sagt, es sei außerordentlich zweckmäßig gewesen, daß wir im Vorjahre auf Grund des Budgetprovisoriums der Bundesregierung unser Budget erstellt haben, es sei sowieso alles beim alten geblieben, der Bund habe sein provisorisches Budget verlängert, faktisch dieselben Ziffern eingesetzt, die er im Vorjahre gehabt hat. Es wäre billig, die Frage zu stellen, warum dann Regierungskrise, warum Neuwahlen? Um dieses Budget hat es sich ja gehandelt, als man Neuwahlen ausschrieb.

Das österreichische Volk, die Werktätigen unseres Landes, leiden unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Seit Jahren mühen sich die arbeitenden Menschen in unserem Lande, den Wiederaufbau vorwärts

zu bringen. Und sie haben ihn vorwärts gebracht. Man kann davon sprechen, daß die Wirtschaft wieder aufgebaut ist. Die Früchte dieser wiederaufgebauten österreichischen Wirtschaft werden aber nicht von jenen genossen, die in opferreicher Arbeit diese Wirtschaft wieder aufgebaut haben, sondern sie werden von jenen genossen und es verfügen jene über alle Güter, die sie nicht erzeugt haben. Wir stehen in unserem Land vor einer außerordentlich schwierigen Situation. Die Arbeitslosigkeit hat im letzten Winter eine Höhe erreicht, die uns an die Jahre der schwersten Krise in der ersten Republik erinnert. Wir halten gegenwärtig bei einer Arbeitslosenziffer, die man als außerordentlich beunruhigend bezeichnen kann. Ja, wir hören in den letzten Wochen, daß sogar diejenigen Industriezweige, die bis jetzt als relativ krisenfest betrachtet wurden, wie z. B. die Edelstahl-Industrie, von einer schweren Krise heimgesucht worden sind. Bei Böhler in Kapfenberg arbeiten tausende Arbeiter kurz und sind hunderte vom Abbau bedroht. Einige Wochen nach den Wahlen, vor welchen die Sozialistische Partei, aber auch die Österreichische Volkspartei Vollbeschäftigung und Arbeitsbeschaffung versprochen haben, sehen wir nun, daß in unserer Industrie in immer zunehmendem Maße Listen für den gegenwärtigen und künftigen Abbau erstellt werden. Der Auftragsbestand der steirischen Industrie ist außerordentlich ungünstig. Es ist daher zu erwarten, daß in den nächsten Wochen und Monaten, vor allem aber im kommenden Herbst, wenn die gegenwärtige Wirtschaftspolitik in Österreich weiter fortgesetzt wird, eine Massenarbeitslosigkeit kommen wird in demselben Ausmaß, wie wir sie in der ersten Republik erlebt haben.

Der Steiermärkische Landtag mußte sich sehr viel Zeit lassen, um die neue Landesregierung zu wählen, vom 22. Februar bis 15. April. Ich glaube, es hat kaum eine Session des Landtages gegeben, wo es so lange gedauert hat und so kompliziert war, zu einer arbeitsfähigen Landesregierung zu kommen. Ist ja auch kein Wunder! Der Herr Dr. Machold hat ja bereits ausgeführt, daß die Bildung der Landesregierung davon abhängig war, ob es gelingt, eine Bundesregierung in Form der alten Koalition wieder erstehen zu lassen. Wir hatten in der letzten Session des Nationalrates eine Regierung Figl-Schärf. In der Regierung Figl-Schärf hat die Sozialistische Partei, die nur dem Namen nach eine Sozialistische Partei ist, den Rock verloren. Da hat sie sich die Hemdärmeln aufgekrempt und hat gesagt: „Jetzt gemma's an, jetzt werden die Verhältnisse in Österreich geändert, jetzt wird die österreichische Reaktion zurückgedrängt!“ Und dann nach den Wahlen ging sie in die Regierung Raab-Schärf und ich glaube, in dieser Regierung wird sie nun auch noch die Hosen verlieren (Heiterkeit!) und sich dem preisgeben, dem man sich preisgeben muß bei einer solchen Politik der Kapitulation vor der österreichischen Reaktion, nämlich der Lächerlichkeit.

Ich weiß, die sozialistische Führung ist sehr stolz darauf, daß es ihr gelungen ist, noch einmal breite Schichten des arbeitenden Volkes zur Urne zu bekommen und dazu zu bewegen, sozialistisch zu wählen. Es ist ihr noch einmal gelungen, vorzutäuschen, daß sie für die Vollbeschäftigung kämpft, daß sie dafür kämpft, daß auch der Arbeiter und der Angestellte, also der werktätige Mensch in unserem Land, seinen entsprechenden Anteil am Sozialprodukt bekommt, daß es ein Wohnbauprogramm geben wird, daß es einen Wohnungsbau geben wird, der wirklich den zehntausenden Wohnungslosen in unserem Land ein Dach verschaffen wird. Man kann die Wähler einmal betrügen, man kann sie auch zweimal betrügen, wie die Erfahrung lehrt, aber — meine Damen und Herren — die Zukunft wird den Beweis dafür erbringen, daß auch der geschickteste Betrug einmal sein Ende finden wird und finden muß.

Die Landesregierung, die heute gewählt werden soll, soll als Landeshauptmann wieder Herr Josef Krainer haben. Herr Landeshauptmann Krainer hat sehr wenig Zeit, wenn es sich darum handelt, Deputationen von Arbeitslosen zu empfangen, die verlangen, daß man endlich daran gehen soll, die Wahlversprechungen wahrzumachen und Arbeit zu beschaffen, Landeshauptmann Krainer hat aber Zeit genug, um Truppen der englischen Besatzungsmacht zu verabschieden, die in den heißen Krieg nach Korea ziehen. Ich glaube, es wäre zweckmäßiger für einen steirischen Landeshauptmann, von einer solchen Aktion Abstand zu nehmen. Wir brauchen in unserem Land keinen Beitrag zum kalten Krieg, wir brauchen in unserem Land ganz etwas anderes. Wir brauchen in unserem Land eine Politik der strengsten Neutralität und das beginnt auch bei der Landesregierung, das beginnt auch beim Landeshauptmann. Die Volkspartei spielte damit, den VdU als Partner in die Regierung zu ziehen und träumte wieder davon, den alten bürgerlichen Block in Österreich aufzurichten. Aber der VdU, diese Partei der Verkannten, ist nun wieder einmal nicht zum Zuge gekommen, sie blieben wieder vor der Tür. Aber unser Volk gibt sich drüber keiner Täuschung mehr hin. Nur deswegen ist der VdU nicht in die Regierung Raab-Schärf gekommen, weil die Sozialistische Führung dazu bereit war, den Kamitz-Plan, das Regierungsprogramm der ÖVP, zu unterstützen, die sich auf dieses Regierungsprogramm festgelegt hat, das unzweifelhaft ein Regierungsprogramm der weiteren Verschärfung der Arbeitslosigkeit ist, das ohne Zweifel ein Regierungsprogramm ist, das für unser werktätiges Volk die trübsten Aussichten bietet.

Dr. Machold hat heute davon gesprochen, daß die Sozialistische Partei staatsertreuend und staatsbejahend sich auf dem Boden der Demokratie in einem Kampf um die Unabhängigkeit und Freiheit des Landes bewähren will.

Staatsertreuend und staatsbejahend sind nur diejenigen in unserem Lande, die bereits sind, nicht nur von der Vollbeschäftigung zu reden,

sondern auch die Vollbeschäftigung durchzuführen und für die Vollbeschäftigung ehrlich zu kämpfen. Staatsbejahend und staatsertreu sind nur diejenigen in unserem Lande, die unserem werktätigen Volk einen gerechten Anteil am Sozialprodukt zu sichern bereit sind. Auf dem Boden der Demokratie und auf dem Boden der Unabhängigkeit und Freiheit Österreichs stehen nur diejenigen, die bereit sind, in Österreich eine Politik der strikten Neutralität zu machen.

Wir stehen vor außerordentlich schwierigen Problemen, wir wissen, daß wir aus der Kraft des eigenen Landes, ohne Beziehungen zur übrigen Welt unsere wirtschaftlichen Probleme nicht lösen können. Wir wissen, daß die Arbeiter unserer Industrien, wie letzten Endes auch die werktätige Bauernschaft nur dann Arbeit und Brot haben werden, wenn es gelingt, unseren Export zu steigern. Es ist klar und durch die Tatsachen erwiesen, daß es unmöglich ist, unseren Export in einem entsprechenden Ausmaß nach den hochindustriellen kapitalistischen Ländern zu steigern. Es ist klar, daß die österreichische Wirtschaft es dringend notwendig hat, daß die Schranken des Exportes nach den Ländern des Ostens endlich zu Fall gebracht werden, daß man sich loslöst von dem amerikanischen Verbot, unsere Industriewaren nach dem Osten zu exportieren, daß man alles daransetzt, daß der österreichische Außenhandel unabhängig wird und volle Freiheit bekommt, sowohl nach Osten und Westen, überallhin, wo man bereit ist, unsere Waren zu einem entsprechenden Preis abzunehmen, zu exportieren. (Gegenrufe, Lärm.) Ich weiß, daß alle diese großen und entscheidenden Probleme unseres Landes von der Regierung Raab-Schärf so wenig gemeistert werden wie von der Regierung Figl-Schärf. Es ist auch keine Frage, daß die Steiermärkische Landesregierung Krainer-Machold nichts anderes sein wird als ein Vollzugsorgan der Regierung Raab-Schärf.

Meine Damen und Herren, bilden Sie sich nicht ein, daß deswegen, weil hier nur ein Abgeordneter der Volksoption in diesen Landtag eingezogen ist, Sie nicht zu erwarten haben, daß das Volk doch daraufkommen wird, wie es vor den Wahlen betrogen wurde. Es wird daraufkommen und wir werden das Unsrige dazu beitragen, daß in unserem Volke die Klarheit und die Wahrheit darüber, was die gegenwärtige Regierung in Bund und Land tut und nicht tut, geschaffen wird und Sie können sicher sein, die Volksoption, sie wird wachsen (Zwischenruf, Gelächter), sie wird an Kräften zunehmen, denn unser österreichisches Volk will nicht ins Verderben der Massenarbeitslosigkeit, ins Verderben des kalten und vielleicht auch des heißen Krieges gehen, wohin Ihre Politik letzten Endes führt.

**Präsident:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir schreiten zur Wahl. Ich ersuche die Schriftführer Abg. Wegart und Hofmann die Stimmzettel zu verteilen und nach

Stimmenabgabe die Stimmzettel wieder einzusammeln.

(Abg. Wegart und Abg. Hofmann verteilen die Stimmzettel und sammeln sie nach Stimmenabgabe wieder ein.)

Hoher Landtag! Ich stelle fest, daß 48 Stimmzettel abgegeben wurden. Für den Wahlvorschlag der ÖVP wurden 46 Stimmen abgegeben, ein Stimmzettel ist leer, eine Stimme ist dagegen. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.) Es ist demnach der Abgeordnete Ökonomierat Josef Krainer mit der erforderlichen Stimmenmehrheit zum Landeshauptmann gewählt worden. Ich ersuche den Herrn Landeshauptmann unter Berufung auf seine als Abgeordneter geleistete Angelobung, zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Landeshauptmann Krainer:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Namens des Präsidiums des Steiermärkischen Landtages beglückwünsche ich den nunmehr neugewählten Landeshauptmann herzlich. (Erneut anhaltender starker Beifall bei ÖVP, SPÖ und WdU.) Der Herr Landeshauptmann hat sich zum Wort gemeldet, ich erteile ihm das Wort.

**Landeshauptmann Krainer:** Ich darf Ihnen zunächst für das Vertrauen, das Sie mir durch die Einmütigkeit der Wahl bekunden, danken. Es fällt mir allerdings schwer, für die Last, die Sie mir damit aufgebürdet haben, zu danken, aber ich hoffe, daß in gemeinsamer Arbeit diese schweren Aufgaben ein klein wenig leichter tragbar werden. Etwas schwer fällt es mir auch, daß der Landeshauptmann nicht polemisieren darf, denn dadurch muß ich es mir versagen, was ich doch gerne getan hätte, nämlich dem letzten Redner doch auch mit einigen Worten zu antworten. Aber ich will das gerne heute auf mich nehmen und Ihnen folgendes sagen:

Die Aufgabe der Steirischen Landesregierung und auch der Landtage in den letzten acht Jahren war es, die Not des Alltags zu beheben. In den schweren Nachkriegsjahren galt es, den Hunger zu stillen, Rohstoffe herbeizuschaffen, die Landwirtschaft, das Gewerbe und die Industrie zu voller Produktion zu forcieren, mit einem Wort, die zerstörte Wirtschaft wieder aufzubauen und zu modernisieren.

Dabei waren die Mittel, die das amerikanische Volk in Form der ERP-Gelder zur Verfügung gestellt hat, eine große Hilfe und so war es möglich, aus eigener Kraft und mit Hilfe der Westmächte diesem Land und seiner Wirtschaft aus dem Zustand der Zerstörung wieder pulsierendes Leben zu geben. Die Produktionsleistung in den einzelnen Sektoren unserer Wirtschaft zeigt eine beachtliche Steigerung, so daß heute bei vielen Produkten, so vor allem bei Milch, Fleisch, Eisen- und Stahlerzeugnissen sowie auch in der Ziegel- und Holzproduktion eher von Überfluß als von Mangel gesprochen

werden kann. Das ist das Charakteristikum und der Erfolg eines Volkes: vom Warenmangel zum Warenüberfluß zu gelangen. Ausgehend vom Geldüberfluß und vom Mangel an Waren haben wir den Zustand ausreichender Versorgung mit Waren erreicht. Auch das Geld hat seit ein- einhalb Jahren eine stabile Entwicklung genommen und muß daher mit Zahlungsmitteln wieder sparsam umgegangen werden. Der wieder- erwachende Sparsinn zeigt sich beispielsweise darin, daß in Steiermark die Sparkassenein- lagen um 165 Millionen gestiegen sind.

Der Übergang von der Not zum Überfluß be- reitet — wie in jedem anderen Land — Schwierigkeiten, und zwar einerseits im Absatz, an- dererseits in der Preisentwicklung. Dies führt wiederum zu Schwierigkeiten auf dem Arbeits- markt. Wir müssen aber auch in diesem Zu- sammenhang feststellen, daß unsere Wirt- schaftspolitik keineswegs echt und wahrhaftig gelenkt wird. Wir wissen, daß sowohl der Brot- preis, der Getreidepreis sowie auch eine Reihe anderer lebenswichtiger Produkte nicht nach ihrem tatsächlichen Erzeugungsaufwand bestimmt wird, diese Produkte daher nicht mit ihrem rechten Preis auf den Markt gelangen. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Ordnung dieser Fragen herbeizuführen, es wird aber unsere Auf- gabe sein, dabei mitzuhelfen.

In allen diesen Fragen müssen wir immer wieder die menschliche Seite in den Vorder- grund stellen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Bewältigung der großen Aufgabe, die Wirtschaft zu ordnen und allen Menschen Brot und Ver- dienstmöglichkeit zu geben, große Anforderungen an das Gewissen und die Moral der verantwor- tlichen Mandatäre stellen wird. Wenn wir an die Menschen denken, die wir zu betreuen haben, müssen wir vor allem von der Würde dieser Menschen ausgehen, die ein Natur- und Lebens- recht besitzen, das nicht geschmälert werden darf. Wir haben aber auch in der Verwaltung und im Umgang mit Menschen zu beachten, daß nicht entscheidend ist, wer recht hat, sondern was recht ist.

Die geistige Entwicklung der letzten hundert Jahre zeigt uns den Weg von der Romantik bis zur Utopie und nun schlägt das Pendel zur Sach- lichkeit zurück. Wir sehen aber auch, daß in den letzten Jahrzehnten der Mensch nicht die ihm gebührende Achtung gefunden hat und deshalb als Nummer gewertet wird oder im Kol- lektiv untergegangen ist. Wir müssen es daher als unsere Aufgabe sehen, wo immer wir im öffentlichen Leben tätig sind, die Vermensch- lichung der Gesellschaft im Zeitalter der Sach- lichkeit anzustreben. In den letzten Jahren war die Menschheit von Furcht, Angst und Unsicher- heit geplagt, eine Plage von Ausmaßen, wie sie die menschliche Geschichte kaum zuvor gekannt hat. Diese Zustände drückten unserer Zeit den Stempel auf und wir können, wenn wir unsere Aufgaben als öffentliche Mandatäre erfüllen wollen, nur mit Anstrengung aller Kräfte eine Geisteshaltung erreichen, die den Menschen —

und vor allem der jungen Generation — wieder Hoffnung geben kann. Wir müssen uns darüber klar sein, daß das menschliche Dasein zu allen Zeiten ein harter Lebenskampf war. Jede Gene- ration und jedes Zeitalter haben die härtesten Prüfungen nur dann überstanden, wenn sie be- reit waren, aus den eigenen natürlichen Kräften des Bodens und der Heimat zu schöpfen. Der Lebenskampf eines Volkes ist nicht etwa nur die Verteidigung seines Bodens gegen Angriffe von außen her, sondern hat vor allem den Fort- bestand der Volkssubstanz zu sichern, wohl in erster Linie durch den Willen zum Kinde und zur Familie.

Wenn wir unsere Geburtenziffern der letzten 10 Jahre betrachten und dabei das Jahr 1945 außeracht lassen, so sehen wir ein ständiges Ab- sinken der Geburtenziffer. Waren im Kriegs- jahr 1943 mit allen kriegsbedingten Erschwer- nissen in der Steiermark noch 20.224 Geburten zu verzeichnen, so sind es im Jahre 1952 nur mehr 18.384 gewesen. Wenn diese Tendenz des Geburtenrückganges weiter anhält, so kommen wir zu dem erschreckenden Ergebnis, daß in 15 Jahren auf einen arbeitenden Menschen ein Rentner fallen würde. Es ist also die Frage der Geburtenfreudigkeit auch eine Frage der Aufrechterhaltung unserer sozialen Leistungen gegenüber alt und erwerbsunfähig gewordenen Menschen.

Die Frage der Erhaltung unseres Volkes ist nicht allein eine Frage des materiellen Wohl- standes, sie ist vor allem eine Gewissensfrage. Wenn eine Kinderschar zur Notlage in vielen Haushalten führt, dann ist es Aufgabe der Öffentlichkeit, dafür zu sorgen, daß durch Kinderbeihilfen die Erhaltung einer solchen Familie gewährleistet wird. Das gilt sowohl für die kleinen Bauern, im besonderen für die Gebirgsbauern als auch für die Kleingewerbe- treibenden. Hier wird das Parlament durch eine Reform eine wichtige und entscheidende Frage zu lösen haben.

Es wird nicht gerne gehört, aber es ist un- widerlegbar, daß unsere Kraft, unsere Lebens- möglichkeit von der Bearbeitung unseres Bodens abhängt. Wir haben Sorge um die Beschäftigung vieler tausend Arbeitsloser. Es wird möglich sein, bei Fortsetzung einer stabilen Wirtschafts- und Währungspolitik und bei Anstrengung unserer Exportkaufleute unseren Außenhandel zu be- leben und damit neue Arbeitsplätze zu sichern. Hier allerdings haben wir mit der Konkurrenz der ausländischen Industrien zu rechnen, aber bei erhöhter Produktivität wird auch dieser Konkurrenz begegnet werden können. Wir müssen — und das ist meiner Meinung nach entscheidend — vor allem unseren Heimatmarkt konsumfähig erhalten und ausbauen. Wenn un- sere Landwirtschaft nicht imstande ist, gegen- über der Industrie, dem Handel und dem Ge- werbe als Konsument aufzutreten, dann werden wir mit der Arbeitslosigkeit dauernd zu kämpfen haben. Dieser Erkenntnis entsprechend haben sowohl die Schweiz, die Türkei, Amerika als

auch eine Reihe anderer Länder die Gesundung ihrer Volkswirtschaft darin gesehen, die Kaufkraft der Landwirtschaft zu steigern. Es hat für diesen natürlichen und wohl überlegten Plan die Bevölkerung gerne Opfer gebracht und es ist bezeichnend, daß die Schaffung des Schweizer Landwirtschaftsgesetzes nur deshalb möglich war, weil die Gewerkschaften erkannt haben, daß zur Erhaltung und zum Ausbau der Arbeitsplätze die Landwirtschaft konsumfähig sein muß. Wir sind für jede vernünftige und natürliche Auswertung unserer Industrien. Es kann aber nicht Aufgabe einer Volkswirtschaft sein, Fehlinvestitionen zu fördern und Kapazitätsausweitung zu betreiben, wenn als Ergebnis moderne Industrien kaum zur Hälfte ausgelastet sind und daher von Produktivität und Konkurrenzfähigkeit keine Rede mehr sein kann. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist vor allem möglich in unserer Landwirtschaft und zu einem geringen Teil noch im heimischen Gewerbe. Wenn wir uns zu diesen Erkenntnissen bekennen, dann werden wir den Mut und die Kraft aufbringen, hinsichtlich dieser Fragen härter zu sein.

Für jedes Volk muß es ein beglückendes Gefühl sein, junge, aus der Schule entwachsene Kräfte der Wirtschaft zuführen zu können. Wir wissen, daß mit Schulschluß im laufenden Jahr in der Steiermark über 19.000 Jugendliche in Berufen untergebracht werden müssen; davon sind etwa 3000 der Landwirtschaft zuzuzählen. Wir wissen aber auch, daß unsere Landwirtschaft noch viele tausende Arbeitskräfte brauchen würde. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind heute die meist geplagten Arbeitsmenschen und ihr gesundheitlicher Zustand ist oft geradezu erschreckend. Wir wissen, daß nicht nur für die laufenden Arbeiten die Arbeitskräfte fehlen; es ist uns sehr wohl bekannt, daß durch Meliorationen tausende von Hektar neuer Boden gewonnen werden könnten, ebenso wissen wir, daß wir 500.000 Tonnen Futtermittel einführen müssen und daß die Einfuhr von Brotgetreide rund 500.000 Tonnen beträgt. Ist es bei Kenntnis dieser Tatsachen nicht unsere Pflicht, alles daran zu setzen, diese Einfuhren herabzumindern und die eigene Erzeugung zu heben, alle Vorkehrungen zu treffen, damit unser Boden verbessert und unproduktive Flächen genützt werden können? Das hieße die eigene Kraft auf eigenem Boden ansetzen. Wenn dieses Ziel nicht durch Erkenntnis und bessere Einsicht in die Zusammenhänge erreicht werden kann, dann werden Gebote erlassen werden müssen. Ich könnte mir vorstellen, daß im Bereich des Landesdienstes, in dem rund 10.000 Arbeiter, Angestellte und Beamte beschäftigt sind, in Hinblick Anstellungen nur dann erfolgen, wenn eine mindestens sechsmonatige Land- oder Hauswirtschaftslehre nachgewiesen werden kann. Ich könnte mir auch sehr wohl vorstellen, daß junge arbeitslose Menschen dazu aufgerufen werden, freiwillig mindestens  $\frac{1}{2}$  Jahr Dienst für die Heimat und für unseren Boden zu leisten. Wenn diese Menschen das Gefühl hätten, von

der Heimat für solchen Dienst bedankt zu werden in der Weise, daß sie in allen öffentlichen Diensten bei Einstellungen bevorzugt werden, so glaube ich, daß nachhaltige Erfolge erzielt werden könnten. Ich weiß, daß die Unterbringung von 19.000 Jugendlichen damit allein nicht gelöst werden kann. Es müssen weitere und größere Anstrengungen gemacht werden, um der Jugend genügend Berufsmöglichkeiten zu schaffen.

In diesem Zusammenhang muß auch eine auf lange Sicht geplante Änderung unserer Bodenbesitzverteilung angestrebt werden. Wir haben besonders in dem westlichen und östlichen Teil des Landes Kleinbesitzer mit karger Ackerkrume, die zum Leben einer Familie nicht ausreichen. Wenn auch derzeit keine andere gesetzliche Handhabe vorhanden ist, könnten doch schon allein die Grundverkehrskommissionen hier durch planvolle Lenkung wertvolle Ergebnisse erzielen. Es scheint mir notwendig, daß Kleinbesitze, die verkauft werden oder deren Besitzer ohne Nachkommenschaft sind, zur Arrondierung und zur Bildung lebensfähiger Landwirtschaften herangezogen werden.

Eine brennende Frage in unserem Grenzland, die auch mit dem Kleinbesitz in Zusammenhang steht, ist die *W i n z e r*-Frage. Es müssen Wege gefunden werden, daß den Winzern ausreichende Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden, daß aber auch von der jetzt üblichen Methode der nur 150- oder 200-Tage-Beschäftigung abgegangen wird, die ja keine ausreichende Lebensmöglichkeit gibt und die Winzerfrage zu einem sozialen Problem erster Ordnung gemacht hat. Hier liegt die Gesetzgebung und die Erlassung von Geboten und Verboten beim Landtag.

Wenn wir erkennen, daß unsere Kraft in der Verbundenheit mit dem Boden zu suchen ist, dann ist es auch eine der vornehmsten Aufgaben, deren Lösung der Landtag schon in der Vergangenheit versucht hat, die Siedlung weiter Kreise gerade in den ländlichen Gegenden und die Siedlung unserer Volksdeutschen zu ermöglichen.

Wenn wir von der Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sprechen, dann haben wir heute wohl festzustellen, daß die Arbeit der letzten Jahrzehnte auf diesem Gebiete nun ihre Erfolge gezeitigt hat. Der Überfluß an Fleisch und Milch bedeutet eine echte Produktionssteigerung und eine erfreuliche Auswirkung der Aufklärung unserer Landbevölkerung. Hat man noch vor 10 Jahren für die Mast eines Schweines 10 bis 12 Monate gebraucht, so erfolgt heute die Mast in ungefähr der Hälfte dieser Zeit. Wenn ich in diesem Zusammenhang noch einige Zahlen nennen darf: Der Schweinebestand betrug z. B. im Jahre 1946 etwa 224.000 Stück und liegt heute bei 547.000 Stück, was eine Steigerung um 144 % bedeutet. Oder ein anderes Beispiel: Die Hühnerbestände sind von etwa 700.000 Stück auf 1.360.000 Stück gestiegen, so daß hier eine Steigerung von 94 % zu verzeichnen ist.

Eine echte und dauernde Arbeitsplatzsicherung ist in der Landwirtschaft möglich. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß die Landarbeiter durch Förderung des landwirtschaftlichen Wohnhausbaues Familien gründen können und ihnen damit der Verbleib im Kreis ihrer eigenen Familie auf dem Lande ermöglicht wird. Wir haben in dieser Beziehung in der Obersteiermark schon beachtliche Fortschritte aufzuweisen.

Die Ausweitung der Produktion im Getreide- und Maisbau, die Modernisierung des landwirtschaftlichen Maschinenparks und die landwirtschaftlichen Maschinenengossenschaften sollen weitgehend gefördert, Möglichkeiten zur Beschaffung billiger Produktionskredite für die Landwirtschaft gesucht und gefunden werden.

Das Ausbildungsprogramm unserer Fachschulen, der Fortbildungsschulen sowie der im Auftrage der Landesregierung von der Landwirtschaftskammer durchgeführte landwirtschaftliche Förderungsdienst haben beachtliche Erfolge in der Produktionsausweitung gebracht. Wir werden für die Berufsausbildung vom Land aus auch weiterhin alles Erforderliche tun müssen, um die Fortbildungsschulen auszubauen und so alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit in kürzester Frist die Fortbildungsschulpflicht durchgeführt werden kann.

Zum Einsatz der eigenen Kraftanstrengung gehört auch die Erhaltung des Gewerbes. Hier liegt die Möglichkeit einer gesunden Arbeitsplatzsicherung, aber auch die Sicherung einer angemessenen Steuerkraft für unsere Gemeinden. Der ländliche Handwerker wird heute vielfach durch die Konkurrenz der Industrie verdrängt. Hier böte eine Koordinierung mit den Industrien außer Zweifel den Weg, dem Handwerker in Stadt und Land Produktionsmöglichkeiten zu vermitteln. Es würde dadurch ein gesunder Ausgleich, eine natürliche Streuung der gewerblichen Produktion über das ganze Land ermöglicht, die der unnatürlichen Verschiebung der Arbeitsmärkte und Produktionsstätten vom Land in die Städte und Industrieorte entgegenwirken würde.

Eine umfassende Kreditaktion für die Kleingewerbetreibenden ist hier die entscheidende Frage. Ich glaube, daß mit Hilfe des Landes und der zuständigen Kammer und mit Hilfe einer Bürgerschaftsgesellschaft ein Weg zur Förderung unserer schwer kämpfenden Gewerbetreibenden gefunden werden könnte. Eines will ich, wenn es auch nicht in unseren direkten Aufgabebereich fällt, hier doch erwähnen: Man wird von einem Handwerker wohl erhöhte Arbeitsleistung erreichen, aber Buchhalter wird er nur in seltensten Fällen sein. Daher muß die öffentliche Hand durch eine Steuervereinfachung entgegenkommen.

Eigene Kraft im Lande ansetzen, heißt auch unsere Wasserkräfte ausbauen. Unsere Landeselektrizitätsgesellschaft STEWEAG hat im Jahre 1952 eine eigene Erzeugung von rund 357 Millionen Kilowatt-Stunden erzielt. Sie hat rund

167 Millionen Kilowatt-Stunden an Fremdstrom benötigt und zukaufen müssen. Der Fremdstrombedarf ist in den letzten Jahren dauernd im Ansteigen. Dies verpflichtet uns, den Ausbau des Kraftwerkes Hieflau vorzutreiben und alle Vorsorge zu treffen, damit die Finanzierung dieses Kraftwerkbaues möglich wird. Es ist die Forderung an den Bund zu richten, das Elektrizitätsförderungsgesetz ehe baldigst zu verabschieden, um Mittel für den Ausbau der Wasserkräfte frei zu machen. Es wäre aber auch eine weitere Förderung der Ausweitung unserer Energieerzeugung zweifellos zu erzielen, wenn das 2. Verstaatlichungsgesetz eine vernünftige Novellierung erfahren und hier eine Reihe von Zwangsbestimmungen beseitigt würden.

Eine gewaltige Kraft der immer mehr anwachsenden und immer größer werdenden Gemeinschaftsaufgabe liegt in dem Bereich der Gemeinden. Die Schaffung gesunder, wirtschaftlich starker Gemeinden muß weiter vorgetrieben werden; es muß diese Entwicklung aber im Rahmen des Sinnvollen bleiben und darf nicht monströse Verwaltungsgebiete zum Ergebnis haben. Wenn im Verlauf der vergangenen Jahre bei Gemeindezusammenlegungen sich objektive Fehler eingeschlichen haben, so muß man den Mut zur Beseitigung solcher Fehler aufbringen.

Der Gemeindeausgleichsfonds hat sich als segensreiche Einrichtung erwiesen; seine Erhaltung ist eine vornehme Aufgabe und Verpflichtung des Landes.

Unsere Bürgermeister haben sich in den allermeisten Fällen als die Träger echten Gemeinschaftsgeistes und als Apostel der Solidarität erwiesen. Ihnen ihre Arbeit zu erleichtern, ihnen vom Land aus zu helfen, muß eine unserer ersten Aufgaben sein. Ich könnte mir vorstellen, daß dort, wo Verwaltungsaufgaben selbst nicht gelöst werden können, wir den Gemeinden mit der Schaffung von Verwaltungsgemeinschaften behilflich sein könnten. Die große Sorge der Gemeinden bleibt aber die Aufholung des Rückstandes von Jahrzehnten, der sowohl im Schulhaus- als auch im Wege- und Straßenbau überall sichtbar ist. Dazu kommt die oft erschreckende Wohnungsnot auf dem Lande. Neu zugewachsene Arbeiterfamilien, Gendarmeriebeamte, Lehrkräfte müssen oft in bescheidensten Verhältnissen wohnen oder können überhaupt nicht untergebracht werden. Hier sind die Probleme am Lande nicht weniger schwierig als in den Städten. Es ist daher notwendig, daß auch den Landgemeinden aus dem Bundes-Wohnbau- und Siedlungsfonds entsprechende Mittel zugeführt werden, damit die Bürgermeister dieser Aufgabe Herr werden können. Wohnbau ist gleich Arbeitsbeschaffung und bahnt den Weg für eine gesunde Familienpolitik.

Zu den wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Aufgaben, die wir entweder selbst oder aber mitzulösen haben, gehören immer wieder Menschen, die uns helfen müssen und im Helfen eine Aufgabe finden. Hier nun ein Wort an die öffentlichen Bediensteten in Stadt und Land:

Öffentliche Bedienstete zählen meist zu den Stiefkindern unter den Arbeitnehmern. Dies gilt nicht nur für uns, sondern ist in fast allen Staaten der Welt so. Die Erlassung von Geboten und Verboten im letzten Jahrzehnt hat eine kaum tragbare Ausweitung der öffentlichen Aufgaben mit sich gebracht. Je mehr Akte, desto mehr Bedienstete und dann reichen die öffentlichen Abgaben nicht aus, um diese Bediensteten auch entsprechend zu entlohnen. Daher wird es auch unsere Aufgabe sein — und wir bekennen uns dazu — eine Entnivellierung der Gehälter unserer Beamtenschaft herbeizuführen; wir sind auf dem besten Wege dazu. Aber eines muß in diesem Zusammenhang mit aller Klarheit ausgesprochen werden: Im öffentlichen Dienste tätig sein, heißt nicht einen leichten und sicheren Verdienst finden; der öffentliche Dienst ist vielmehr eine Aufgabe. Hinter jedem Akt stehen Menschen und die menschliche und freundliche Behandlung der Hilfesuchenden Parteien muß für jeden Beamten Verpflichtung sein. Wenn in der Öffentlichkeit oft ein hartes Wort und keine gute Meinung über die öffentlichen Bediensteten zu hören ist, so liegt die Ursache meist daran, daß die vorsprechenden Parteien unzureichend, manchmal sogar schlecht behandelt werden. Das Schicken von Tür zu Tür ist nicht die richtige Methode, um einen hilflos Vorsprechenden mit guten Eindrücken aus einem öffentlichen Amte scheiden zu lassen. Hier gilt es, Wandel zu schaffen, wenn die öffentlichen Bediensteten wieder geachtet werden und als Helfer und Diener der Bevölkerung gelten wollen.

Ich möchte besonders einen Appell an die steuerprüfenden und steuerexequierenden Beamten richten. Der Steuerzahler darf nicht von vornherein als Dieb und Gauner angesehen und behandelt werden. Ein freundliches Wort und eine freundliche Erklärung helfen den Eindruck der Verfolgung jener zu vermeiden, die oft nur schwer ihrer öffentlichen Abgabepflicht nachkommen. Denn die Ursache der Überprüfung oder der Exekution ist ja nicht immer Unwille, sondern häufig auch Unkenntnis der Abgabepflicht. Es ist aber auch notwendig, dem Steuerzahler zu sagen: Erhöhte Steuermoral würde bald verringerte Steuern ergeben; hier kann der ewig gültige Grundsatz angewendet werden: Gebt dem Staate was des Staates ist!

Wir sind auf unser Steirerland stolz und mit Recht. Es ist unsere engere Heimat. Dieses Land gibt uns Kraft und gibt uns das Leben. Ich bin ein eifriger Verfechter des Föderalismus. Es ist meine tiefste Überzeugung, daß nur dann den menschlichen Beziehungen ein wirklicher Dienst geleistet wird, wenn im Bereich des öffentlichen Lebens die Möglichkeit gewahrt bleibt, die Dinge noch einigermaßen zu überblicken. Aufgaben, die eine Gebietskörperschaft zu lösen imstande ist und die sie auch besser und menschlicher zu lösen vermag als eine größere Gemeinschaft, sollen ihr zur Erfüllung übertragen werden. Ich habe schon oft als Beispiel die wunderbare Ein-

richtung einer Zentralheizung angeführt. Solange der zentrale Wärmespender, der Kessel, funktioniert, kann man ein ganzes Haus wärmen — aber wehe, wenn der Kessel einmal nicht funktioniert; dann ist der alte und rückständige Ofen in jedem Zimmer der sichere Wärmespender. So ähnlich verhält es sich auch mit Zentralismus und Föderalismus. Wirkliche Krisenfestigkeit gibt nur ein föderativ eingerichtetes Staatswesen, in dem neben der zentralen Regierungsgewalt festgegründete Selbstverwaltungskörper die Verantwortung mittragen; durch solche Verbreiterung der Verantwortungsbasis erhält besonders in schwierigen Zeiten das Staatswesen erhöhte Standfestigkeit. Erst das lebendige Zusammenwirken von zentraler Regierungsgewalt und föderalistischer Selbstverwaltung schafft jene Sicherheit und menschliche Wärme, welche zum gedeihlichen Zusammenleben in der Gemeinschaft erforderlich sind.

Unser Land hat eine Kultur und eine Vergangenheit, auf die wir stolz sein können. Wenn wir Neues schaffen, wenn wir Neues bauen, dürfen wir dabei niemals die Vergangenheit und die Tradition dieses Landes vergessen; wir müßten verzagen, wenn wir nicht stets dessen eingedenk blieben, daß die Kraft, die jeder einzelne von uns braucht, um den harten Lebenskampf zu bestehen, auch unsere Vorfahren aufbringen mußten, um Feinde, Pest, Hunger und alle Plagen, die immer wieder über das Land gekommen sind, zu überwinden.

Wenn in den letzten Jahren neben dem Wiederaufbau und dem Bau neuer Heimstätten und Werkstätten auch die Kulturverpflichtungen nie außer acht gelassen wurden, so soll das ein Zeugnis sein für den Kulturwillen der Steirer.

In der Steiermark befinden sich 3 angesehene Hochschulen, die von vielen ausländischen Studierenden besucht werden. Die Professoren und Assistenten dieser hohen Schulen sind der Stolz des Landes und haben zur kulturellen Entwicklung unserer Heimat und zum Ansehen des Landes in aller Welt ihren hervorragenden Beitrag geleistet. Die Ausgestaltung und Fortentwicklung unserer Hochschulen ist unsere Sorge und unsere Forderung an die zuständigen Stellen. Ich möchte hier besonders den Ausbau des Chemischen Institutes hervorheben.

Unsere Museen, unser Schloß Eggenberg sind Kulturstätten, die in breitesten Bevölkerungskreisen — Gott sei Dank — immer mehr Beachtung finden und im steigenden Maße besucht werden. Ich bin davon überzeugt, daß der Einfluß dieser Kulturstätten besonders unserer Jugend die Größe der Geschichte dieses Landes und die durch Jahrhunderte erwiesene Tatkraft ihrer Bevölkerung in steter Erinnerung halten wird.

Das Volksbildungsheim St. Martin, das wir der Schöpfung Hofrat Steinbergers zu verdanken haben, ist für unsere bäuerliche Jugend und für die Bevölkerung eine bedeutende und der immerwährenden Unterstützung würdige Bil-

dungsstätte wie auch ein Träger der bäuerlichen Kultur.

Wir dürfen auch nicht vergessen, daß die Katholische und auch die Evangelische Kirche für die geistige Entwicklung der steirischen Bevölkerung nicht nur geachtete Faktoren sind, sondern, daß ihr Einfluß im zunehmenden Maße sich günstig auf die Heimat- und Staatsgesinnung auswirkt. Es ist daher unsere Pflicht, ihnen Unterstützung zu gewähren, soweit unsere Zuständigkeiten reichen. Weiters müssen wir bedenken, daß eine Reihe unserer Klöster Kulturträger waren und es auch heute noch sind.

Die Steiermark ist aber auch ein beachtlicher wirtschaftlicher Faktor innerhalb unseres Vaterlandes.

Wir haben an der gesamtösterreichischen Produktion Anteil; im folgenden nenne ich nur dort Zahlen, wo dieser Anteil über 50 % beträgt:

Kohle: 3,235.000 Tonnen, das sind 60 % der österreichischen Erzeugung.

Roherz: 2,467.000 Tonnen, das sind 93 % der österreichischen Erzeugung.

Rohmagnesit: 56 % der österreichischen Erzeugung.

Sinter-Magnesit: 68 % der österreichischen Erzeugung.

Magnesit-Steine: 62 % der österreichischen Erzeugung.

Rohstahl: 70 % der österreichischen Erzeugung.

Walzwerkerzeugnisse: 71 % der österreichischen Erzeugung.

Formeisen, Rundeisen und Schienen: 100 % der österreichischen Erzeugung.

Es muß daher wohl verständlich sein, wenn wir in Wien bei den Regierungsstellen die Beachtung unserer berechtigten Wünsche fordern.

Wir haben durch die Leistung unserer Fremdenverkehrsbetriebe und die Mithilfe der Landesregierung große Erfolge aufzuweisen. Graz ist aber immer noch jener Punkt in Österreich, der infolge der geographischen Lage vom Westen her für Auslandsreisende schwer erreichbar ist. Wir halten daher an der Forderung fest, bei der Gestaltung der Tarifverhältnisse auf das am weitesten vom Westen entfernte Graz Rücksicht zu nehmen. Italien hat von jeher für die südlichsten Gebiete, beispielsweise für Sizilien, ab österreichischer Grenze Sondertarife vorgesehen. Man zahlt beispielsweise trotz der weiten Entfernung zwischen Rom und Palermo nur einen mäßig erhöhten Betrag, wenn man über Rom weiter bis nach Palermo fährt. Eine solche Tarifpolitik müßte für Auslandsreisende nach Graz bei einigem guten Willen zu erzielen sein. Die Förderung des Fremdenverkehrs hängt außer Zweifel auch von den entsprechenden Bahnverbindungen und auch vom Luftverkehr ab. Es wäre ein besser frequentierter Anflug unseres Flughafens Thalerhof möglich, wenn eine moderne Startbahn gebaut werden könnte. Die Steiermärkische Landesregierung hat dafür Mittel bereitgestellt. Es fehlt nur noch der entsprechende Anteil aus Bundesmitteln.

Die Abgelegenheit der Stadt Graz und der südlichen Teile der Steiermark erfordert von uns die Beachtung eines gesteigerten Verkehrs und Handels mit Jugoslawien und eine Bereinigung des Verkehrs über die Südbahn nach Triest. Begreiflicherweise ist uns der Hafen von Triest als die nächstgelegene Verbindung zum offenen Meer ein dauerndes Anliegen. Wir haben keine territorialen Forderungen zu stellen, aber wir wollen in der Hafenwirtschaft von Triest den uns gebührenden Einfluß und die Beachtung als beste Kundschaft von Triest erzielen. Die Steiermark ist an einer Belebung und Ausweitung dieser Verkehrsmöglichkeiten stets interessiert.

Wir sind froh darüber, daß mit Jugoslawien wieder freundschaftliche Beziehungen hergestellt sind. Die Übergabe eines Teiles des Doppelbesitzes ist ein Zeichen dafür, daß wir auf dem besten Wege sind, alle die beiden Teile betreffenden Fragen einer endgültigen Bereinigung zuzuführen. Wir sind auch überzeugt davon, daß die direkte Verbindung zwischen den beiden Nachbarn, die durch den kleinen Grenzverkehr nun möglich wird, zu einem dauernden Verständnis zwischen den beiden Staaten beitragen wird. Es ist nur mehr eine Frage von Wochen, daß auch die notwendigen Verbindungen über die Mur wieder hergestellt werden. Es zeichnet sich hier eine Zusammenarbeit der beiderseitigen Grenzbevölkerung ab, die zu besten Hoffnungen berechtigt.

Mit Sorge erfüllt uns in letzter Zeit die zunehmende Verschlechterung unserer Postzustellverhältnisse. In vielen Gebieten der Steiermark ist die Bevölkerung nicht mehr dazu zu bewegen, Tageszeitungen zu halten, weil oft nur ein zweimaliger Zustelldienst wöchentlich möglich ist. Die Postverwaltung möge dieser Frage ihr ganzes Augenmerk schenken, da wir sonst in Verhältnisse zurückgeworfen werden, die wir schon seit Jahrzehnten überwunden glaubten.

Ich habe ihnen hier eine kleine Auswahl von Fragen zur Überlegung und zur Anregung vorgebracht. Es sind noch lange nicht alle Probleme damit erörtert worden. An die Spitze aller dieser Fragen stellen wir aber die Freiheit und die Souveränität Österreichs und die Einheit unseres Vaterlandes.

Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, im Lande die Schulen auf einen beachtlichen Stand zu bringen, unsere Spitäler und Anstalten auszubauen; die Jugendfürsorge und -vorsorge auszuweiten und viele andere Probleme zu lösen. Dies alles ist uns gelungen, weil eine sachliche und sinnvolle Zusammenarbeit der Parteien des Landtages möglich war. Ausgenommen von dieser Zusammenarbeit ist allein die Kommunistische Partei und ihr einziger Vertreter, der ja nicht als Mandatar der steirischen Bevölkerung, sondern lediglich als ein Auftragnehmer uns fremder importierter Ideen zu werten ist.

Ich möchte zum Schluß kommen und Sie, meine Frauen und Herren Abgeordneten bitten: Versuchen wir alle eigenen Kräfte auszus schöpfen! Versuchen wir den Egoismus der einen

oder anderen Gruppe auszuschalten und sehen wir in unserer Aufgabe das eine große Ziel, Dienst an unserer steirischen Bevölkerung zu leisten! Es soll der Ehrgeiz dieses Hohen Hauses sein, mit unserer wohlüberlegten Arbeit ein Beispiel zu geben für alle schaffenden Menschen in unserem Lande. Bauern, Arbeiter, Bürger und Intellektuelle müssen Pioniere der Heimat sein, und wo immer ihr manueller oder geistiger Arbeitsplatz sich befinden mag, ob sie daheim weilen oder im Ausland reisen, immer und überall sollen alle Steirer für ihre Heimat arbeiten als würdige Vertreter des Steirerlandes, seiner Kultur und seiner Wirtschaft.

Parteien sind in der Demokratie Mittel zur Erfüllung eines gemeinsamen Zweckes und Zieles. Dieses Ziel muß immer die Wohlfahrt des Vaterlandes und seiner Bevölkerung sein. Wir haben ein kostbares Gut — die Freiheit und Menschenwürde — als Aufgabe unserer Politik nicht nur zu verteidigen, sondern zu immer größerer Vollkommenheit auszugestalten.

Eine Partei kann viel sein. Sie kann auch mehr als eine Interessengemeinschaft sein, aber die Ausschließlichkeit der Partei lehne ich ab, weil der Nur-Parteigeist das Zusammenleben und die Harmonie eines Volkes gefährdet. Der Mensch ist seiner Bestimmung nach ein Gemeinschaftswesen, der Drang zur Familie und zum Kinde sind Beweise dafür, und es ist uns als Ziel gesetzt, einer gottgewollten Ordnung zu dienen. Wann immer versucht wurde, diese Ordnung zu stören, ist über ein Volk Unglück hereingebrochen. Vergessen wir nicht, daß weder in vorgeschichtlicher Zeit der babylonische Turmbau gelungen noch seither auch nur ein Baum in den Himmel gewachsen ist. Unser Ziel muß sein die Zusammenarbeit mit allen, die diese Heimat bejahen und bereit sind, für sie zu kämpfen. Ich bin kein Anhänger nur einer Meinung, aber ich liebe eine erarbeitete und erkämpfte Einigung. Ich bitte Sie daher, das Ansehen unserer jungen Demokratie, das Ansehen dieses Hohen Hauses und jedes Abgeordneten dieses Hauses zu achten und zu schützen. Die Jugend wird erst dann wieder an die Heimat und das Vaterland glauben, wenn die Träger der öffentlichen Verwaltung ein gutes Beispiel geben. Sauberkeit und Korrektheit sollen unser oberstes Ziel sein. Wenn sich gegen diese stolzen, ehrwürdigen Grundsätze jemand vergeht, dann gehört er aus unseren Reihen ausgeschlossen.

Es ist mir klar, daß die Arbeit in den kommenden Jahren nicht leichter zu bewältigen sein wird als in der Vergangenheit. Wenn wir aber ehrliche Treuhänder sind, dürfen wir mit Gottes Segen rechnen und werden das Glück haben, unsere Aufgaben für unser Steirerland erfolgreich zu lösen. (Starker Beifall und Bravorufe bei ÖVP., SPÖ. und WdU.)

**Präsident:** Nach der Tagesordnung haben wir noch mehrere Wahlen durchzuführen. Ich schlage vor, diese Wahlen nicht mit Stimmzettel, sondern durch Erheben einer Hand vorzu-

nehmen. Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmannstellvertreters.

Auf Grund eines Beschlusses der Obmännerkonferenz stelle ich den Antrag, die Wahl des Ersten und Zweiten Landeshauptmannstellvertreters wie in den beiden vergangenen Gesetzgebungsperioden wieder im Landtag selbst vorzunehmen und den Ersten Landeshauptmannstellvertreter aus den Reihen der SPÖ zu wählen. Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Antrag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist in sinngemäßer Anwendung des § 20 Abs. 2 des Landesverfassungsgesetzes mit einer Mehrheit von Zwei Drittel angenommen.

Ich ersuche einen Sprecher der Sozialistischen Partei Österreichs, einen Vorschlag für die Wahl des Ersten Landeshauptmannstellvertreters zu erstatten.

**Landesrat Horvatek:** Hohes Haus! Namens der Fraktion der Sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses schlage ich vor, den bisherigen Ersten Landeshauptmannstellvertreter, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. h. c. Machold, wieder zum Ersten Landeshauptmannstellvertreter zu wählen.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, zum Zeichen der Zustimmung eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich ersuche den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter, unter Bezugnahme auf sein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Ich ersuche einen Sprecher der Österreichischen Volkspartei, einen Vorschlag für die Wahl des Zweiten Landeshauptmannstellvertreters zu erstatten.

**Landesrat DDDr. Illig:** Hohes Haus! Namens der Landtagsfraktion der ÖVP beantrage ich, den bisherigen Zweiten Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Tobias Udier neuerlich zum Zweiten Landeshauptmannstellvertreter zu wählen.

**Präsident:** Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Wahlvorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Vorschlag ist mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Ich ersuche den Herrn Zweiten Landeshauptmannstellvertreter unter Berufung auf das als Abgeordneter geleistete Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

**Zweiter Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier:** Ich nehme die Wahl an.

**Präsident:** Wir kommen zur Wahl der übrigen Mitglieder der Landesregierung.

Nach der Landesverfassung besteht die Landesregierung aus neun Mitgliedern. Nach dem Verhältniswahlrecht entfallen hievon je vier Mitglieder auf die Österreichische Volkspartei und auf die Sozialistische Partei Österreichs, während ein Mandat der Wahlpartei der Unabhängigen zukommt.

Da nach der Landesverfassung der Landeshauptmann und die beiden Landeshauptmannstellvertreter in den auf ihre Partei entfallenden Anteil an den Regierungssitzen einzurechnen sind, verbleiben der Österreichischen Volkspartei noch zwei, der Sozialistischen Partei Österreichs hingegen noch drei Mandate in der Landesregierung.

Es liegen mir folgende schriftliche Wahlvorschläge vor:

Von der Österreichischen Volkspartei werden für die Wahl zu Landesräten wieder vorgeschlagen die Herren Landtagsabgeordneten

DDDr. Udo Illig und  
Ferdinand Prirsch.

Von der Sozialistischen Partei Österreichs werden für die Wahl zu Landesräten wieder vorgeschlagen die Landtagsabgeordneten

Norbert Horvatek,  
Fritz Matzner und  
Maria Matzner.

Von der Wahlpartei der Unabhängigen ist für die Wahl zum Landesrat vorgeschlagen der Landtagsabgeordnete

Dr. Anton Stephan.

Ich werde über diese Wahlvorschläge getrennt abstimmen lassen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem vorerwähnten Wahlvorschlag der Österreichischen Volkspartei einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Sozialistischen Partei Österreichs einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit dem Wahlvorschlag der Wahlpartei der Unabhängigen einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Wahlvorschlag ist angenommen.

Ich ersuche die gewählten Landesräte bei Namensaufruf zue rklären, ob sie die Wahl annehmen.

LR. Horvatek: Ich nehme die Wahl an.

LR. DDDr. Illig: Ich nehme die Wahl an.

LR. Fritz Matzner: Ich nehme die Wahl an.

LR. Maria Matzner: Ich nehme die Wahl an.

LR. Prirsch: Ich nehme die Wahl an.

LR. Dr. Stephan: Ich nehme die Wahl an.

Wir kommen zur Wahl der Bundesräte.

Nach der Entscheidung des Herrn Bundespräsidenten vom 7. Oktober 1952 hat das Land Steiermark auf Grund des Ergebnisses der letzten Volkszählung wie bisher sieben Mitglieder in den Bundesrat zu entsenden. Nach Artikel 35 des Bundesverfassungsgesetzes sind die Mitglieder des Bundesrates und ihre Ersatzmänner durch die Landtage nach dem Grundsatz der Verhältniswahl zu wählen.

Nach dem Verhältniswahlrecht entfallen auf die Österreichische Volkspartei und auf die Sozialistische Partei Österreichs je drei Bundesratsmandate und auf die Wahlpartei der Unabhängigen ein Bundesratsmandat. Für jedes Mitglied ist auch ein Ersatzmitglied namhaft zu machen.

Von Seite der Österreichischen Volkspartei werden vorgeschlagen als Mitglieder:

Frau Dr. Ing. Johanna Bayer,  
Herr Johann Pötsch,  
Derr Dipl. Ing. Leopold Babitsch,

Als Ersatzmänner:

Herr Johann Kraker,  
Herr Anton Seiner,  
Herr Ludwig Kußmann.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Von Seite der Sozialistischen Partei Österreichs werden vorgeschlagen als Mitglieder die Herren:

Anton Afritsch,  
Dr. Josef Reichl,  
Abg. Stefan Plaimauer.

Als Ersatzmänner die Herren:

1. Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Reinhard Machold,  
Abg. Ernst Taurer,  
Alois Rust.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Von der Wahlpartei der Unabhängigen ist vorgeschlagen als Mitglied

Herr Dr. Josef Lauritsch,

als Ersatzmann

Herr Dipl. Ing. Josef Kaiser.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Ich ersuche die Klubobmänner um die Erklärung, ob die gewählten Bundesräte die Wahl annehmen.

Landesrat DDDr. Illig: Namens der gewählten Bundesräte und ihrer Ersatzmänner erkläre ich, daß die Wahl angenommen wird.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. **Ma-chold**: Alle nehmen die Wahl an.

Abg. **Scheer**: Namens der Wahlpartei der Unabhängigen erkläre ich, daß die Gewählten die Wahl annehmen.

Präsident **Wallner**: Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung: Wahl der Mitglieder des Kuratoriums der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark in Graz.

Nach den Satzungen der Landes-Hypothekenanstalt für Steiermark werden die sechs Mitglieder des Kuratoriums dieser Anstalt und ihre sechs Ersatzmänner vom Landtag auf die Dauer von 6 Jahren gewählt. Die Funktionsperiode des bisherigen Kuratoriums ist abgelaufen. Um der Willensmeinung des neugewählten Landtages nicht vorzugreifen, hat der frühere Landtag die Wahl in seiner letzten Sitzung nicht vorgenommen, sondern nur zur Kenntnis genommen, daß in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des § 28 Abs. 4 des Landesverfassungsgesetzes das bisherige Kuratorium solange im Amt zu verbleiben hat, bis eine Neuwahl erfolgt.

Nach dem Verhältniswahlrecht entfallen auf die Österreichische Volkspartei und auf die Sozialistische Partei Österreichs je drei Mitglieder und je drei Ersatzmänner.

Die Österreichische Volkspartei schlägt für die Wahl vor als Mitglieder die Herren:

Präsident Josef Wallner,  
Leopold Ebner,  
Gottfried Ertl.

Als Ersatzmänner die Herren:-

Josef Egger,  
Adolf Thaller,  
Anton Seiner.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Die Sozialistische Partei Österreichs schlägt für die Wahl vor die Herren:

als Mitglied Abg. Friedrich Hofmann, als Ersatzmann Abg. Otto Rösch,

als Mitglied Nationalrat Max Eibegger, als Ersatzmann Abg. Hans Bammer,

als Mitglied Abg. Karl Schabes, als Ersatzmann ~~Abg.~~ Michael Pay.

Ich ersuche die Abgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Vorschlag ist angenommen.

Ich ersuche den Gemeinde- und Verfassungsausschuß, dem bereits Geschäftsstücke zur Vorbereitung zugewiesen wurden, sich sogleich nach der Landtagssitzung im Finanzausschußsitzungszimmer Nr. 56 zu konstituieren. Ferner ersuche ich diesen Ausschuß, nach der Wahl des Obmannes und seines Stellvertreters, des Schriftführers und seines Stellvertreters wenn möglich das zugewiesene Auslieferungsbegehren in Beratung zu ziehen.

Die Namen des Obmannes, des Stellvertreters, des Schriftführers und seines Stellvertreters ersuche ich der Landtagspräsidialkanzlei bekanntzugeben.

Schließlich ersuche ich die Abgeordneten, die ihren Wahlschein in der Landtagspräsidialkanzlei noch nicht abgegeben haben, dieser Pflicht nachzukommen.

Die nächste Sitzung des Steiermärkischen Landtages wird im schriftlichen Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung um 17 Uhr 5 Minuten.